

Vossener Zeitung.

Siebenundsechzigster

Jahrgang.

 Mittwoch, 19. August
(Erscheint täglich drei Mal.)

1874.

Nr. 574.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal erscheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1 Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. Die Postgebühren nehmen alle Bestellungen des deutschen Reichs an.

3 Sgr. 2 Sgr. die halbjährliche Beile aber deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die am folgenden Tage Morgens 8 Uhr erscheinende Nummer bis 6 Uhr Nachmittags angenommen.

In Berlin: Händl. in Berlin, Hamburg, Wien, München, St. Gallen, Leipzig, Frankfurt a. M., Breslau, Glogau, Posen, Danzig, Königsberg, Stettin, Danzow, Glogau, Posen, Danzig, Königsberg, Stettin, Danzow.

Amtliches.

Berlin, 18. Aug. Der Kaiser hat den Geh. Legations-Rath v. Radomisz zum außerord. Gesandten und bevollmächtigten Minister am lat. griechischen Hofe, den Geh. Mediz. und vortr. Rath im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten, Dr. Hermann Eulenbergs zum Geh. Ober-Medizinalrath ernannt.

Telegraphische Nachrichten.

Kiel, 18. August. Der „Kieler Zeitung“ zufolge wird Se. Majestät der Kaiser am 16. September in Kiel eintreffen, um dem Ablauf des Panzerschiffs „Friedrich der Große“ vom Stapel beizugehen.

Darmstadt, 18. August. Ein Artikel der „Darmstädter Zeitung“ erläutert das von der Regierung erlassene Verbot der Betheiligung der Staatsbeamten an den katholischen Vereinen. Der Artikel führt aus, daß die hessische Regierung den katholischen Vereinen wegen ihrer gegen die Staatsgesetze gerichteten Untriebe entgegenzutreten genöthigt sei. Insbesondere mit der Stellung eines Richters könne die Mitgliedschaft dieser Vereine nicht vereinbar erscheinen und sei die Theilnahme an denselben mit der Würde des Richterstandes unvereinbar.

Karlowitz, 18. August. Die Installation des neugewählten Patriarchen Wasskovic hat heute unter großen Feierlichkeiten stattgefunden.

Zürich, 18. August. Der von der Regierung beim Kantonsrathe gestellte Antrag, die vollständige Trennung des Kantons Zürich vom Bisthum Schur zu genehmigen, gelangte heute zur Berathung. Der Kantonsrath beschloß nach lebhafter Debatte den Antrag an eine Kommission von fünf Mitgliedern zur Vorberathung und Berichterstattung zu überweisen.

Paris, 18. August. General Lewal hat die Untersuchung über die Entweichung Bazaine's von der Insel St. Marguerite bereits zu Ende geführt. Wie die „Agence Havas“ wissen will, wären die meisten der Bivoltwächter zu der Flucht beihilflich gewesen und hätte Bazaine das Gefängnis durch den gewöhnlichen Ausgang verlassen. — Nach einer von carlistischer Seite hier eingegangenen Meldung hat sich Tristany der Zitadelle von Urgel (Provinz Verida) bemächtigt.

London, 18. August. Der Kronprinz des deutschen Reichs und von Preußen hat gestern Morgen das 4. Regiment im Fort Orange bei Portsmouth besichtigt. Von der Kronprinzessin wurde Nachmittags die Grundsteinlegung für eine höhere Schule in Ryde vollzogen.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 17. August.

DRO. Der Staatssekretär im auswärtigen Amte, Staatsminister v. Bülow, welcher in der nächsten Woche einen mehrwöchentlichen Urlaub antreten und sich in die Schweiz begeben wird, wird sich vor seiner Abreise nochmals nach Barzin begeben, um noch eine Rücksprache mit dem Reichskanzler zu nehmen. Wie es heißt, handelt es sich dabei um die Befragung einiger diplomatischer Posten. — Der Unterstaatssekretär Schumann hatte vor der Abreise des Fürsten Bischoff noch eine Konferenz mit ihm, bei der es sich um den Modus der Geschäftsführung und namentlich des direkten Vortrags des Herrn Schumann beim Kaiser handelte. — Die binnen Kurzem bevorstehende Anwesenheit des diesseitigen Gesandten am Hofe des Königs Victor Emanuel, Herrn v. Ruedell an unserem Hofe, wird in unterrichteten Kreisen mit der in Aussicht genommenen italienischen Reise des Kaisers in Verbindung gebracht. Daß diese Reise stattfinden wird, darüber walten jetzt keine Zweifel mehr ob (?); dagegen ist der Termin, an welchem der Kaiser diese Reise antreten wird, noch nicht festgestellt.

— Der deutsche Gesandte in Spanien Graf Hatzfeld verweilt seit einigen Tagen in Berlin und hatte auch mit dem Fürsten Bismarck Besprechungen. Er wird auf seinen Posten und zwar offiziell in der Eigenschaft als Gesandter zurückkehren, sobald die Anerkennung vollzogen ist.

— Die „Kreuzzeitung“ macht mit Recht darauf aufmerksam, daß es dringend notwendig sei, die bekannte Steuer, welche die Geistlichen bisher bei jeder Trauung zur Ausbildung von Hebräen zu erheben haben, bei Einführung der Zivilehe zu beseitigen. Das Kultusministerium hat freilich erklärt, daß aus mehrfachen Gründen die Beseitigung bis zum 1. Oktober nicht ermöglichen lasse. Der Umstand, daß in Zukunft die Nupturienten zu der kirchlichen Trauung nicht mehr gezwungen sind, macht aber zum Mindesten einen anderen Erhebungsmodus notwendig, wenn nicht eine offensbare Ungerechtigkeit eintreten soll. Im Uebrigen findet die Steuer schon im Prinzip allgemein so wenig Billigung, daß man füglich auf ihre vollständige Aufhebung bedacht sein soll.

— Das Viehgelüth vieler unserer hyper-orthodoxen lutherischen Geistlichen mit der katholischen Kirche, ihre Sehnsucht nach der absolutistischen Macht, deren sich katholische Priester in ihrem Sprengel erfreuen, ist eine bekannte, durch mancherlei Thatfachen in jüngster Zeit belegte Thatsache. Einzelne hat diese Sympathie mit dem katholischen Priesterthum und jene Sehnsucht bereits in den Schoß der päpstlichen Kirche getrieben, andere werden vielleicht nachfolgen. Die lutherische Kirche kann durch eine derartige Verzerrung ihrer Diener nur gewinnen. Einen recht drastischen Ausdruck der Empfindungen, welche diese zum Abfall geneigten Pastoren bewegt, finden wir in einem Artikel der welfischen „Deutschen Volks-

Zeitung“, der — wie sich aus dem Inhalte ergibt — einen evangelischen Pastor zum Verfasser hat. Derselbe preist die Weisheit Gregor's VII., der mit unerbittlicher Strenge die Gelosigkeit der katholischen Priester durchführte. Dadurch habe er diese zu „Helden und Männern“ gemacht. Auf einzelne Beispiele dieses angeblichen Heldenthums katholischer Priester weist der Verfasser hin, und fährt dann fort:

„Und unter hundert Geistlichen der römischen Kirche findet man neunundneunzig, die ihm gleichen. Unter hundert Geistlichen der evangelischen Kirche würde man vielleicht einen finden. Ja, wir evangelischen Pastoren sind in Worten groß, und wer uns im engeren Kreise belauschen könnte, müßte von unserem Muth die höchste Vorstellung gewinnen; selbst wer auf den Konferenzen uns hört, sollte vor unserer Thatkraft erschrecken. Gilt es aber, unsere Worte in Thaten umzusetzen, gilt es, der Welt die Stirne zu zeigen und mit unsern Feindern die Fäbne zu deden, die wir eben erst so trotzig emporhielten, so liegt unsere Seele alsbald am Boden und unser Muth in der Asche. Da ruft Weib und Kind: das widerfähre dir nur ja nicht; da kommen die besorgten Freunde. Was aber den Ausschlag giebt, ist, daß unser Muth ein künstlicher war und des realen Hintergrundes entbehre. Der katholische Geistliche weiß, daß Gott ihm reale Dinge in die Hand gelegt, wir aber verfügen nur über Worte. Nicht als ob die lutherische Kirche nicht auch wahr- und weisehafte Güter besäße. Sie besitzt dieselben in demselben Maße und in weit reinerer und edlerer Gestalt als die katholische. Aber sie find unserm Bewußtsein nahezu verschwunden, wir haben kein Gefühl mehr für dieselben. Die Rhetorik hat bei uns Alles überwunden: wir sind Prediger, daß wir aber auch Priester sein sollten, ahnen wir kaum u. s. w.“

EO. Köln, 17. August. Seit dem 15. h. befindet sich Bazaine in unseren Mauern. Er ist des Abends mit der Rheinischen Bahn angekommen und hat im „Hotel du Nord“, in der Nähe des Domes und gegenüber der festen Brücke Wohnung genommen. Sein Aussehen zeigt, daß ihn die Ereignisse der letzten Jahre sehr hart gegriffen haben. Zwar immer noch korpusculent, hat sein Gesicht einen tief ausgeprägten Ernst und das Haar eine weißere Färbung. Der Ex-Marschall hält sich durchaus nur in seinen Zimmern und in dem im Hofe des Hotels gelegenen Garten auf. Nur selten zeigt er sich am Fenster, so heute morgen bei der Defilirung der hiesigen Garnison, welche vom Regiments-Exerzieren kam. Mit der dem deutschen Offizier-Corps eigenen Ritterlichkeit senkten Alle, von den Kommandanten bis zum jüngsten Sekonde-Lieutenant, artig die Degen vor Bazaine, welcher die linke Hand verbunden, mit der rechten, sichtlich ergriffen, dankte. Graf v. Schmettow, der mit seinen Magdeburger Kürassieren dem Marschall im geschichtlich denkwürdigen unglücklichen Angriff bei Mars la tour so zusehte und ihn sogar einmal in seinen unaussprechlichen fliehenden machte, grüßte auch mit dem Degen an der Seite unseres Kürassier-Regiments. Wie man hört, will Bazaine, welchem seine Frau, sowie sein Neffe Gesellschaft leistet, sich so lange hier aufhalten, bis seine Kinder aus Spaa eingetroffen sind.

München, 16. August. Die in Norddeutschland entstandene Idee, zur Verherrlichung der Kriegserfolge am Rhein ein Ehrenmonument zu errichten, wird nun auch in Bayern vorbereitet. Zu diesem Zwecke hat sich auf Vermitteln des Freiherrn v. Stauffenberg, Präsidenten der Abgeordnetenkammer, ein Komitee aus Abgeordneten, Stadtbürgern u. s. w. gebildet, welches neuestens einen Aufruf „für das Nationaldenkmal auf den Niederwald“ in den Blättern veröffentlicht. Der Aufruf wendet sich „ohne allen Unterschied der Parteien“ an Jeden, der die Siege von 1870 und 1871 freudig mitgefiebert hat und sich „des neu errichteten Reiches freut. Die literale „Augsburger Postzeitung“ mahnt bereits die bairischen Katholiken von Beiträgen ab, sie würden für etwa disponib'e Gulden und Groschen eine zweckmäßigere Verwendung (Peterspfennig) wissen als für ein Nationaldenkmal. — Der Gemeinde-Ausschuß von Wattenhofen, in welchem Orte die bedeutendste Filiale der Kemptener altkatholischen Gemeinde besteht, hat nach dem „K. T.“ am 6. d. anlässlich bevorstehender Pfarrbesetzung fast einstimmig beschlossen, die Regierung anzufragen, dieselbe wolle bei dem Könige beschreiben, daß der Gemeinde ein friedliebender und nicht inkonfessioneller Pfarrer gegeben werde. Da im Gemeinde-Ausschuß die Altkatholiken die Mehrheit haben und nur Einer von diesen die Eingabe nicht unterschrieb, während die Römisch-Katholiken sämtlich beipflichteten, thut dieser Beschluß kund, daß die Gemeinde zur Einheit zurückkehren wünscht.

Best, 15. Aug. Gestern wurde die Session des ungarischen Reichstages mittels f. Handschreibens geschlossen. Dank dem Oberhause sind jene Gesetzesvorlagen, von denen man praktische Erfolge erwartete, ins Wasser gefallen. Dennoch hat die abgelaufene Session ein wichtiges Resultat für Ungarn aufzuweisen. Dasselbe liegt in den zwei Worten: „Erkenntnis“ und „Umkehr“. Die „Erkenntnis“ hat den Sturz des Glatth-Rabinet's zur Folge gehabt und die „Umkehr“ sollte das Bitto-Ghyczy-Kabinet ins Werk setzen. Die Deakpartei ist zur Ueberzeugung gelangt, daß sie nur im Einvernehmen mit dem linken Centrum eine erfpriechliche Thätigkeit entwickeln kann, und das linke Centrum beginnt einzusehen, daß es den staatsrechtlichen Streit gänzlich aufgeben muß, — sonst geht Alles zu Grunde. Das Bitto-Ghyczy-Ministerium ist redlich bestrebt, seiner Aufgabe gerecht zu werden, doch dürfte es nur dann im Stande sein, dieselbe zu lösen, wenn es gelingt, Tisza und seine Partei an die Regierung heranzuziehen. Die Aufgabe ist zu groß, um allein mit Hilfe der zerfahrenen Deakpartei gelöst zu werden. Die öffentliche Verwaltung hat sich impotent erwiesen. Die Finanzverwaltung konnte die Steuern nicht einbringen, während die autonomen Municipien die besten Verfügungen der Zentral-Regierung in der Ausführung zu vereiteln suchten. Das neue Kabinet war bestrebt, diesen Uebelständen abzuhelfen, aber bis jetzt nur mit geringem Erfolge; nur eine Koalitionsregierung könnte die notwendige Autorität besitzen, um die Unterstützung aller Municipien für die Zentral-Regierung zu sichern.

Das Bitto-Kabinet wollte vor Allem die Justizpflege in bessern Stand setzen. Zu diesem Behufe legte die Regierung dem Hause zwei Gesetzentwürfe vor, von denen einer die Regelung des Advokatenwe-

sens und der andere die Einführung der öffentlichen Notare behandelte. Außerdem brachte das Kabinet durch mühselige Unterhandlungen mit der Linken das Inkompatibilitätsgesetz und die Wahlnovelle zu Stande. Sie sollte weniger Geld kosten und dennoch rascher werden. Es kam ihr gar nicht in den Sinn, daß das sonst so zahme Oberhaus alle ihre Vorlagen abändern und somit ihr Zustandekommen auf die lange Bank schieben werde.

Der Beweis ist nun geliefert, daß mit der gegenwärtigen Parteilstellung im Unterhause und mit einem reaktionären Oberhause, die parlamentarische Regierung nichts ausrichten kann. Erst müssen die Vorbedingungen erfüllt werden, die zur Schaffung moderner Gesetze notwendig sind und nur dann kann das Werk der inneren Organisation in Angriff genommen werden. Erst muß eine Koalition aller liberalen Elemente im Unterhause erfolgen, und dann soll das Oberhaus entsprechend umgestaltet werden. Bis dahin ist alle Mühe umsonst. (N. Z.)

Brüssel, 17. August. Die „Indep. belge“ bestätigt heute ihre Mittheilungen über die Schwierigkeiten, welche der Kommission der Brüsseler Konferenz aus der Einigung über Kapitel 1 der Section 1 des russischen Entwurfes („Von der militärischen Autorität über das feindliche Staatsgebiet“) erwachsen. Danach scheint es namentlich der Artikel 2 dieses Kapitels zu sein, welcher die Verständigung erschwert. Derselbe lautet:

„Der Feind, welcher ein Territorium besetzt, kann, gemäß dem Kriegsgebrauch und in Rücksicht auf das öffentliche Interesse entweder die obligatorische Verpflichtung der Gesetze, welche zur Friedenszeit galten, aufrecht erhalten oder diese theilweise ändern oder ganz suspendiren.“

Gegenüber den abweichenden Meinungen, welche sich darüber Innengegeben werden, wie man der „Ind. belge“ versichert, die Delegirten Russlands Namens ihrer Regierung wenn nicht das ganze erste Kapitel, so doch die am meisten angefochtenen Theile desselben von der Diskussion ganz zurückziehen. Die Kommission würde dann der gesammten Konferenz einen Bericht über die Punkte vorlegen, über welche eine Einigung erzielt und es sei wahrscheinlich, daß der Konferenz einfach die begünstigten Kommissionsvorschläge ratifiziren würde. In Betreff der anderen Punkte würde aber die Konferenz den Regierung anempfehlen, dieselben vor Erörterung einer definitiven Vereinbarung zu unterbreiten. Mehr wie zwei bis drei Plenar-Sitzungen würden die Kommissionsvorschläge wohl nicht in Anspruch nehmen und spätestens zum Beginne der künftigen Woche stände das Ende der Konferenz in Aussicht.

Paris, 17. August. Die Bonapartisten haben wieder einen bedeutenden Sieg durch die mit großer Majorität erzielte Wahl ihres Kandidaten im Calvados-Departement errungen. Herr Prevost de Launay hatte sich, um die Stimmen der Regierungsmänner und Orleanisten zu gewinnen, in einem Wahlmanifest als momentanen Septennarlisten aufgespielt, während er in bonapartistischen Blättern seinen reinen Imperialismus wiederholt versichern ließ. Nunmehr, da der Mohr seine Schuldigkeit gethan hat, wird er ihn wieder gehen lassen und in der Nationalversammlung seinen Platz jedenfalls neben den Herren Rouher, Galloni d'Istria und Genossen einnehmen. Die Regierung aber wird ihren Gegnern einen neuen Beweis ihres höchst zweideutigen Auftretens den Bonapartisten gegenüber an die Hand gegeben haben. — Der am Sonntag plötzlich verstorbenen Ackerbauminister und Minister des Innern unter Napoleon, Herr de Forge de la Roquette hat in den letzten Jahren auch ein kurzes nichtbonapartistisches Interimistitut durchlebt — nämlich zur Zeit, als er (im Oktober 1872) in der Gironde als Wahlkandidat auftrat und sich dort als einen Anhänger des „gouvernement legal du pays“, was damals die Regierung des Herrn Thiers war, proklamirte. Als er bei dieser Wahl unterlag, bekannte er sich wieder offen zu den Bonapartisten, unter denen er jedoch der gemäßigteren Richtung angehörte und sowohl den demokratischen Imperialismus Plon-Plon's, wie den rein dynastischen Rouher's bekämpfte.

Madrid. Das „Avenir des Pyrénées“ veröffentlicht nach der „R. Z.“ folgendes Dokument, von dessen Unterzeichnern, in karlistische Gefangenschaft gerathenen Offizieren und Soldaten, jetzt schon ein Theil erschossen ist:

An Se. Excellenz Don Francisco Serrano-Debaya, General-Kapitän in Katalonien. Ex. Excellenz werden wissen, daß die Exzesse Repressalien nach sich ziehen, die den Krieg furchtbar und blutiger machen. Da unsere Sicherheit von der Haltung abhängt, welche die Unseren dem Feinde und diesem Lande gegenüber beobachten, so wenden wir uns an Sie, damit Ihre Streitkräfte keinen unglücklichen Akt begehen und Sie dieses der Regierung mittheilen. Entgegengeleiteten Falles würden Sie uns zum Schaden handeln, die wir schon vier Monate Gefangenschaft, ohne durch irgend eine politische Leidenschaft gebunden zu sein, nur der militärischen Ehre wegen, erduldet haben. Möge unsere Bittschrift Ihrem Gedächtnis vorschweben; möge diese Stimme des Generals, der Führer, der Offiziere und Soldaten, die sich in Gefangenschaft befinden, großmüthiges Gehör finden. Wir bitten Sie außerdem, so zu handeln, daß wir in zehn Tagen oder eher, wenn es möglich ist, erfahren können, ob unser gerechtes Verlangen angenommen ist oder nicht. Genehmigen Sie u. s. w. Der gefangene General E. Nouvillas; folgen die Unterschriften der übrigen Offiziere und Soldaten.

Aus Santiago, 22. Juni 1874. wird der „Nordb. Allg. Ztg.“ Folgendes mitgetheilt:

Der Senat hat seit dem 12. d. M. den Artikel 118 des Strafgesetzbuches berathen. Es war den Ultramontanen gelungen von den 20 Senatoren 10 für ihre Zwecke zu gewinnen und 3 zu veranlassen, von den Sitzungen der Kammer fern zu bleiben; die Zahl der Vertheiliger des gedachten Artikels betrug daher nur sieben. In dieser Lage verlor die Präsid. der Republik, eine Verständigung zwischen den beiden Parteien über eine Abänderung der Fassung des Artikels herbei-

zuführen und vereinigte dieselben zu diesem Zwecke in seinem Hause; aber seine dahin zielenden Bemühungen waren fruchtlos.

Der Artikel lautet in der Gesetzesvorlage wie folgt:

„Der Geistliche, welcher in der Ausübung seines Amtes und ohne die Erfordernisse, welche der § 14 des Artikel 82 der Verfassung vorschreibt (Gewährung des Exequatur), Bullen, Breven oder Erlasse der päpstlichen Kurie oder andere Verfügungen, welche den Frieden oder die Unabhängigkeit der Republik angreifen, veröffentlicht oder ausführt, oder welcher sich der Verfolgung der Gesetze widersetzt oder zu ihrer Nichtbefolgung anreizt, verfällt in die Strafe der kleineren Verbannung in ihrem mittleren Grade und im Wiederholungsfalle in diejenige der größeren Verbannung in ihrem höchsten Grade. Der Laie, welcher die gedachten Bullen, Breven, Erlasse, Verfügungen oder Deklarationen ausführt, soll mit geringerem Arrest in seinem geringsten Grade bestraft werden.“

In der Sitzung des Senats vom 19. d. Mts. schlugen die Ultramontanen vor, diesen Artikel in folgender Weise abzuändern:

„Der Geistliche, welcher in der Ausübung seines Amtes und ohne die Erfordernisse, welche der § 14 des Artikel 82 der Staatsverfassung vorschreibt, Befehle oder Verfügungen der päpstlichen Kurie veröffentlicht oder ausführt, welche die Unabhängigkeit oder Sicherheit des Staates angreifen oder welcher sich der Verfolgung seiner Gesetze, sofern sie nicht dem Dogma oder der Moral (costumbres) entgegen sind, widersetzt, verfällt in die Strafe der kleineren Verbannung in ihrem geringsten Grade.“ Der Laie, welcher die gedachten Befehle ausführt, wird mit geringem Arreste (reclusion) in seinem niedrigsten Grade bestraft.“

Der Minister des Innern, welcher der Sitzung beizuhöhen und nicht verkennen konnte, daß die Majorität der Kammer für den Abänderungsvorschlag stimmen würde, widerlegte sich demselben nur insofern, als er das Wort Moral als einen sehr unbestimmten und weitumfassenden Ausdruck bezeichnete und zugleich bemerkte, daß es im konkreten Falle zweifelhaft werde, wer darüber entscheiden solle, ob das Gesetz ein moralisches sei oder nicht; sein Versuch, das Wort Moral aus dem Vorschlage zu entfernen, scheiterte indessen und bei der sodann erfolgten Abstimmung ward die Abänderung mit 10 Stimmen gegen 7 angenommen. Unter den letzteren befand sich diejenige des Kriegsministers Anibal Pinto, welcher Mitglied des Senates ist.

Die kleinere Verbannung in ihrem geringsten Grade dauert nur wenige Monate. Beide Kammern haben einen von der Regierung ihnen anempfohlenen Gesetzentwurf über eine neue Abschätzung des Ertrages der ländlichen Grundstücke und der davon zu erhebenden Steuer angenommen; letztere soll danach den Ertrag von 1,200,000 Pesos nicht überschreiten.

Die Kammer der Abgeordneten hat außerdem den von der Regierung mit der südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft abgeschlossenen Vertrag mit geringer Abänderung genehmigt.

Die Regierung der Republik legte dem Senate in seiner Sitzung vom 12. d. Mts. einen Gesetzentwurf zur Feststellung des Vorschlages der Staatsausgaben für das Jahr 1875 vor, worin die Totalsumme der letzteren auf 16,476,890 Pesos berechnet ist.

Rom, 13. August. Die Regierung fährt fort, energische Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung ergreifen zu lassen. Ein Dekret des Präsidenten von Florenz erklärt alle republikanische, internationale und ähnliche Vereine, insgesamt 36, in der Provinz Florenz, für aufgelöst; ein Gleiches ist in der Romagna und den Marken bekanntlich schon geschehen. Die „Gazzetta dell' Emilia“ erzählt aus Sinigaglia, daß dortselbst zwei Risten mit Waffen weggenommen und die Personen, bei welchen sie gefunden wurden, eingezogen worden sind. Am Sonntag Abend suchten verschiedene Haufen bewaffneter Bauern auf den Bergen in der Umgegend von Bologna sich von ihnen zu trennen und zogen dann wieder ab. Die Bauern zeigten hernach den Carabinieri und Truppen, welche die versprengten Aufständischen verfolgten, bereitwillig die Wege, welche jene eingeschlagen hatten. Die genannte Zeitung will aus guter Quelle wissen, daß mehrere in der Villa Ruffi verhafteten Republikaner in den letzten Aufstandsversuch verwickelt sind. Bologneser Blätter veröffentlichten Namen, Stand und Alter der 32 Leute, welche bei Campana zwischen San Pietro und San Lazzaro gefangen wurden. Zwölf von ihnen sind noch minderjährig, im Alter von 17–18 Jahren, zehn andere stehen unter polizeilicher Aufsicht. Die Bande zählte 150 Köpfe, als sie auf den ersten Widerstand — ganzer vier Carabinieri — stieß. Es war dies an der Brücke von Campana, welche die Aufständischen überschreiten mußten, um durch die Porta Maggiore in Bologna einzudringen. Mit einem Muthe, wie die sieben Schwaben ihn nicht glänzender an den Tag legten, als sie des Hasenungelüms anständig wurden, nahmen die 150 Rebellen beim Anblick der vier Wächter der öffentlichen Sicherheit Heftigkeit; ja, es gelang diesen vier das fast unmöglich Scheinende, daß sie ohne weiteren Beistand schon gleich 17 Gefangene machten. Das war die Schlacht bei Campana. „Ein solches Beispiel“, sagt die „Italia“, „beweist zur Genüge, aus welchen Elementen die Schwärmer für die Republik ihre Revolutionärsarmee bilden. Wir sind insofern weit davon entfernt, ihnen Vorwürfe dafür zu machen, weil es schlechterdings eine Unmöglichkeit ist, bessere Streiter für ihre Sache zu finden. Wir erlauben uns aber die bescheidene Frage: Sind das die Repräsentanten, welche das durch unerschwingliche Steuern und durch unerträglichen monarchischen Gewaltmißbrauch empörte Volk darstellen? Es scheint uns nicht so, aber fragen wir weiter: Was sind denn die Bauern, die den Carabinieri und den Truppen bei Verfolgung der versprengten Rebellen so bereitwillig die Hand bieten? „Dummes Bauernvolk“, lautet natürlich die Antwort; „rurau“, sagen die französischen Kommunisten. Aber diese Bauern sind 20 von den 27 Millionen Italiens. Diese arbeiten, um die übrigen zu ernähren, nicht ausgeschlossen diejenigen, welche als Faulenzer und Vagabunden in die Polizeiregister eingetragen sind und jetzt zu Bologna im Gefängnis sitzen.“ Der neapolitanischen „Unita Nazionale“ schreibt man von hier, die internationale Bewegung, welche in der Romagna zum Ausbruch gekommen, sei nur ein kleines Vorspiel zu der großen sozialen Revolution, die auf Sicilien hätte ausbrechen sollen. Die sicilianische „Maffia“ hatte den „Buontemponi“ und „Bugalatori“ der Romagna und der Marken zu wissen gethan, daß es dieses Mal an ihnen wäre, den Anfang zu machen und daß sie dann nachfolgen würden. Die Versammlung auf der Villa Ruffi bei Rimini sollte viel zahlreicher ausfallen, als es in der That geschah, denn es wurde noch ganz anderer Besuch erwartet. Aber weil die Regierung befürchtete, daß Alle entkommen möchten, wenn sie zögerte, so hat sie sich mit den Begünstigten, deren sie habhaft werden konnte. Die Frage, ob man sich an den Parlamentswahlen betheiligen sollte oder nicht, war von den Internationalen nur zum Schein aufgeworfen worden. Im Grunde hofften sie, die Republikaner, welche im guten Glauben gekommen waren, daß es sich um weiter nichts als die Wahlen handelte, im Laufe der Debatten mit sich fortzureißen und eine allgemeine revolutionäre Schildehebung zu Stande zu bringen, welcher sich dann in Sicilien die soziale Revolution anschließen sollte.

London, 15. August. Die „Hour“ erzählt zum Beweise, daß das Sullivan'sche Attentat nicht der einzige aus der Agitation

der Jesuiten gegen das Reich hervorgegangene Ausbruch sei, eine Geschichte aus dem Herbst 1873, als die heftigen Girtenbriefe französischer Bischöfe, namentlich das Schreiben des Erzbischofs von Paris in Frankreich, die Gemüther aufs Heftigste aufgeregt hatten. Damals schrieb ein belgischer Arbeiter, der, wie sich später herausstellte, im besten Rufe stand und einen musterhaften Lebenswandel führte, einen Brief an den Erzbischof von Paris, in welchem er sich erbot, gegen 40,000 Frs. zur Versorgung seiner Familie und 20,000 Frs. Auslagenvergütung den schlimmen Bismarck, den Feind Frankreichs und der heiligen Sache des Katholizismus, aus der Welt zu schaffen. Auf den ersten Brief folgte bald ein zweiter, in welchem der fromme Belgier seinen Namen und Adresse angab und beauftragte die Erleichterung der zu machenden Zahlung seine Photographie beilegte. In diesem zweiten kurzen Schreiben war der Freund Frankreichs und der Kirche schon dringender und bat am Schlusse um den Segen des Erzbischofs. Es scheint, daß die beiden Briefe der belgischen Polizei übermittelt wurden, um Nachforschungen einzuziehen. Das Ergebnis dieser Erkundigungen lief darauf hinaus, daß der Schreiber der beiden Briefe die richtige Adresse, dagegen die Photographie eines intimen Freundes beigelegt hatte, vermutlich um die weitere Durchführung des Schwindelprojektes zu erleichtern und sich den Rücken zu decken. Beide Arbeiter waren früher in Deutschland in einer größeren katholischen Stadt in einer Fabrik beschäftigt gewesen. Noch einen dritten Brief richtete der Verfasser der beiden früheren an den Prälaten. Er kam in demselben auf sein früheres Anerbieten zurück und mahnte, es sei Zeit zu handeln. Die belgische Polizei hatte inzwischen das edle Paar einer besonderen Beachtung gewürdigt. Der Mordlustige machte nach kurzer Zeit Anstalten zu einer Reise nach Deutschland. Er erhielt indessen, als er auf dem Punkte der Abreise stand, von einem deutschen Kameraden den Wink, daß es für ihn an der deutschen Grenze nicht recht geheuer sei, worauf er sich, wie es scheint, eines Anderen besonnen und dem Leben des Reichskanzlers nicht weiter nachgestellt hat.

Kopenhagen, 14. August. Früher, als man erwarten konnte, sind bereits über Schottland telegraphische Nachrichten aus Island eingetroffen. Das Blatt „Dagstelegraphen“, welches einen speziellen Korrespondenten nach Island geschickt hat, theilt folgendes Telegramm mit, welches von der zum königlichen Gesandten gehörigen Korvette „Heimdal“ nach der Telegraphenstation Thorsø, einer kleinen Stadt an der Nordküste Schottlands, gebracht war und gestern Vormittag 9 Uhr 17 Minuten von dort abgeschickt ist: „Der König kam (wie schon bekannt) den 30. Juli in Reykjavik an und wurde dort mit großer Begeisterung und Herzlichkeit empfangen. Der Gottesdienst in Reykjavik, den 2. August, war außerordentlich feierlich und schön. Der Ausflug nach dem Geysir, welcher den 3. August angetreten wurde, war sehr gelungen. Das Hauptfest auf Thingvallir, den 7. August, hatte ungefähr 2000 Menschen herbeigezogen. Am 9. August fand ein Ball in Reykjavik statt. Sowohl beim König als bei der ganzen Bevölkerung und den fremden Theilnehmern hat der Besuch einen außerordentlich schönen Eindruck und angenehme Erinnerungen hinterlassen. Die Abreise von Reykjavik erfolgte den 10. August.“ Man kann aus diesem Telegramm u. A. den Schluß ziehen, daß das Wetter, worauf es auf Island natürlich mehr als anderswo ankommt, die Reise des Königs beeinträchtigt hat. Von besonderer Wichtigkeit war dies bei dem Aufzuge nach dem Geysir, wo der oft launenhafte Sprudel also wohl nicht hat auf sich warten lassen. Die Zahl der Theilnehmer an dem auf Thingvallir konnte klein erscheinen; wenn man jedoch an die Schwierigkeit der Passage und die großen Entfernungen auf Island denkt, so ist sie eher als beträchtlich zu bezeichnen. Die hiesige „All. Tid.“ brachte letzten Sonntag eine Abbildung der Gegend von Thingvallir, welche von der Dede und Einsamkeit der Gegend, wo man keine menschliche Wohnung erblicken konnte, einen deutlichen Begriff gab. Die weit überwiegende Anzahl der Festtheilnehmer hat ohne Zweifel die Nacht unter offenem Himmel zubringen müssen. Nach der Rückkehr des Königs wird hier hoffentlich eine Ausstellung von Photographien und Delgemälden in Skizzen, welche uns die dortigen Begebenheiten, die überall ein so lebhaftes Interesse erwecken, veranschaulichen, veranstaltet werden. Der dänische Marinemaler Sörensen ist mit im Gefolge des Königs und von ihm kann man sicher eine ganze Reihe farbenfräftiger Skizzen erwarten. Das eventuelle literarische Werk über die Reise des Königs mit Abbildungen, als von monumentaler Bedeutung, wird wohl nicht nur in isländischer und dänischer Sprache, sondern auch in deutscher, englischer und französischer Sprache herausgegeben werden. Daß der Reichstag die etwa dazu nötigen Mittel ohne Diskussion bewilligt, darf man hoffen; denn bei solchen Gelegenheiten kommt auch über die Vinte, mit Ausnahme der kleinen Winterschen Gruppe, in der Regel ein generöser Geist. Auch ist es richtig, daß der dänische Bauernstand im Allgemeinen von hoher Achtung vor Kunst und Wissenschaft befeelt ist. — „Dagbladet“ ist empört über die staatsfundernen Ausweisungen dänischer Unterthanen aus Nordschleswig und meint, daß wenn die dänische Regierung auch nicht durch Ausweisung deutscher Unterthanen aus Dänemark Repressalien nehmen wolle, so müsse dieselbe doch in energischer Weise Protest erheben gegen die geradezu feindlichen Handlungen der preussischen Autoritäten.

XV. Kongreß deutscher Volkswirthe zu Grefeld.

(17.–20. August.)

Bereits im Laufe des Sonntags (16.) waren zahlreiche Mitglieder des Kongresses von auswärts eingetroffen, viele Häuser der Stadt hatten zu Ehren des Kongresses mit preussischen und deutschen Fahnen gespalat. Abends fand im Lokale der Gesellschaft „Verein“, welche ihre Räumlichkeiten dem Kongresse zur Verfügung gestellt hatte, eine gemeinschaftliche Sitzung der ständigen Deputation und des Lokalkomitees zur Vorbereitung der Kongreßverhandlungen, und darauf eine gegenseitige Begrüßung der Theilnehmer statt, bei welcher Herr W. Boley im Namen des Lokalkomitees und des Vorstandes der Gesellschaft „Verein“ die fremden Gäste willkommen hieß und den Wunsch ausdrückte, daß die Wirksamkeit auch dieses Kongresses von Heil und Segen für das deutsche Vaterland begleitet sein möge.

Die Sitzungen des Kongresses selber finden im Saale der Frau Wittwe Winckler (Näwall 38) statt.

Erste Sitzung, 17. August.
Dr. Braun (Berlin) erklärt als Stellvertreter des Vorsitzenden der ständigen Deputation den Kongreß für eröffnet und widmet zunächst dem Andenken des im Frühjahr verstorbenen Vorsitzenden Prince Smith warme Worte der Erinnerung, einen kurzen Lebensabriß des Verewigten und eine Würdigung seiner schriftstellerischen Thätigkeit daran knüpfend. Die Versammlung erhebt sich zu Ehren des Verewigten von ihren Sitzen. — Herr Oberbürgermeister Noos begrüßt den Kongreß im Namen Grefeld's, welches als eine Stadt, wo die Industrie fast alle Lebenskreise beherrscht, die Bestrebungen des Kon-

gresses im Allgemeinen und vor Allem in der Arbeitsfrage das wärmste Interesse entgegen bringe; mögen die Sitzungsstage des Kongresses Lichtpunkt in den Annalen dieser Stadt bilden. — Geh. Kommerzienrath Heimendahl begrüßt den Kongreß im Namen des Handelslandes von Grefeld, dessen industrielle und kommerzielle Blüthe aus der Zeit einer freieren Bewegung des Handels datire und welches daher die Richtung, welche der Kongreß von jeher eingeschlagen, auch stets mit den wärmsten Sympathien begleitet habe. — Dr. Braun dankt in kurzen Worten im Namen des Kongresses der Stadt Grefeld und ihrem Handelsstande für die freundliche Aufnahme, welche sie dem Kongresse gewähre an einer Stelle, wo religiöse, bürgerliche und wirtschaftliche Freiheit seit jeher die Grundlage der Gesellschaft bildeten. Die Versammlung erhebt sich zur Befestigung dieses Dankes von den Sitzen.

Dr. Eras (Breslau) schlägt vor, zum Präsidenten zu wählen Dr. Braun (Berlin), zum ersten Vizepräsidenten Herrn Herberich (Merdingen), zum zweiten Vizepräsidenten Herrn Freiherrn v. Ribbed (Wien). Die Versammlung ernennt diesem Vorschlage durch Akklamation bei. Die Gewählten nehmen die Wahl dankend an, wobei Freiherr v. Ribbed erklärt, daß er die ihm widerfahrene Ehre gleichzeitig als eine seinem Vaterlande Deutscherlands bewiesene Anerkennung acceptire. — Zu Schriftführern werden ernannt: Redakteur Dr. Kleinpaul (Grefeld), Dr. Bernhardt (Bochum), Brömel (Stettin) v. Studnitz (Berlin), Kammerath Quandt (Berlin) und Zwieler (Magdeburg). Der Vorsitzende Dr. Braun erklärt diesmal aus geschäftlichen Rücksichten von dem sonst bei Eröffnung des Kongresses herkömmlichen Ueberblick über die Thätigkeit des Kongresses Abstand nehmen zu wollen und beauftragt stattdessen nochmals die Aufgaben des Kongresses und die Pflichten seiner Mitglieder. Der Kongreß vertrete keine ausschließliche Richtung der Volkswirtschaft, sondern halte seine Thüren und Thore Allen, die da kommen wollen, weit geöffnet: Schutzöllnern, Zünftlern, ja selbst sozialistischen Richtungen. Der Kongreß knüpfe die Zulassung zur Mitgliedschaft auch an keine Qualifikationsbedingungen. Theorie und Praxis sollten auf ihm in freier Verleher treten und das Ergebnis desselben sei, wie die Erfahrung zeige, nutzbringend gewesen für die nationale Gesetzgebung. Sine ira et studio werde der Kongreß fortfahren, in dieser Weise zu wirken und andere an anderen Orten in ihrer Weise wirken lassen, ohne sie von seinen Verhandlungen auszuschließen. Möge Jeder sein und stille seines Amtes warten, wenn die Rose selbst sich schmückt, schmückt sie auch den Garten.“ (Bravo).

Der Präsident verliest darauf die Tagesordnung, drei Kongreßsitzungen unter Zustimmung der Versammlung, wie folgt: Montag, 17. August, Arbeiter-Verorgungs-Kassen, Schulwesen für gewerbliche Fortbildungsschulen, gesetzliche Vorschriften über den Fingerring der Gold- und Silberwaren; — Dienstag, 18. August, Berechnung der Kosten des Eisenbahnbaues und Betriebes, wie ihres Verhältnisses zu einander; die Eisenbahn-Tariffrage, Straßbarkeit des Kontraktbruchs. — Mittwoch, 19. August, gesetzliche Vorschriften über Deckung der Banknoten. An einem Tage unerledigt gebliebene Gegenstände kommen erst dann zur Verhandlung, wenn die mit Priorität auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände erledigt sind. Erster Gegenstand der heutigen Tagesordnung sind die Arbeiter-Verorgungs-Kassen. Dr. Eras (Breslau) giebt als Referent zunächst einen Ueberblick über die gesetzliche Lage dieser Kassen auf Grund § 141 der Bundes-Gewerbeordnung und die Kontroversen über den Beitrittszwang in Betreff der Mitglieder der sogenannten „Freien Kassen“, (der Gewerbevereine). Die Frage, wie die Arbeiter-Pensions- und Invaliden-Kassen einzurichten sind, sei eine schwierige, da die mathematischen Grundlagen für dieselben nicht so leicht zu finden seien, wie für Kranken- und Sterbekassen; darum scheine es eine Pflicht des Kongresses zu sein, diese Frage in den Kreis seiner Verhandlungen zu ziehen. Einmal kommen für die Kommune die Höhe des Armenbudgets in Betracht; zweitens die Qualität der Arbeitsleistung und die sittlichen Zustände der Arbeiterbevölkerung überhaupt. Redner beleuchtet frühere Bestrebungen rhein. westphälischer Industrieller zur Errichtung von Arbeiter-Verorgungs-Kassen in Anlehnung an die Denkchrift „Zur Hebung des Arbeiterstandes.“ Es bestehen 1) Kassen für einzelne Stadttheile, 2) die Knappschafts-Kassen, 3) die freien Kassen der Gewerbevereine. Die ersten Kassen seien die Arbeiter und heimische die freie Bewegung der Arbeiterkräfte; bei großen Katastrophen reichten sie nicht aus; ihr Analogen haben sie i. d. Friendly societies. Die Knappschaftskassen befänden sich durchaus in keinem über jeden Tadel erhabenen Geschäftsstande; sie sind zu büreaukratisch veraltet; auch finanziell sind sie nicht sehr günstig gestellt. Viele Knappen rücken nie in die Klasse der Weisberechtigten auf. Redner tritturtheile des Oberbergamts von Carnall zu Breslau und des Sanitätsrath Holze zu Rastow. Die Pensions-Kasse der Gewerbevereine für die Invaliden der Arbeit“ erhebt zu niedrige Prämien; sie basirt auf Rechnungsunterlagen, die vielfach bestritten sind; die Besorgung vor einem Mißbrauch der Fonds zu Straßzwecken sei wohl unbegründet, jedenfalls ein solcher Mißbrauch nicht erwiesen. Dagegen gebe bei Ausschluß aus dem Gewerbe- oder Ortsvereine das Anrecht an der Invalidenkasse verloren, die Gründe für jenen Ausschluß seien so dehnbar, daß sie das Gesetz niemals sanktionieren könne. Der Fragebogen des Handelsministers frage deshalb auch an, ob eine Verbindung von Invalidenkassen mit Vereinen anderer Tendenz statthaft sei; Redner hält dieselbe für absolut unstatthaft. Redner erörtert darauf die Bedingungen der Rentenversicherung für Arbeiter und werdet sich zu den Verhältnissen in Frankreich, England und Sachsen. er bepricht die französischen „Caisses de retraite“; die Handwerkerklasse der „Imperiales“, welche sogar Wochenbeiträge annimmt, eine sehr empfehlende werthe Einrichtung, die städtische Altersrentenbank, die mit der engl. Postsparkassen seit 1865 verbundene Renten- und Lebensversicherungs-Anstalt unter staatlicher Garantie, die sich doch nicht derselben Beliebtheit erfreuen, wie jene Sparkassen selbst. Die Lage des Friendly societies ist eine sehr klägliche, viele derselben sind in Bankrott. Die engl. Gesetzgebung hat sich mit vielfachen Experimenten zur Beschaffung von Garantien für diese Kassen versucht; doch haben sich alle diese Anordnungen nicht bewährt. Redner verliest zum Belege dessen Stellen aus dem parlamentarischen Untersuchungsbericht. Die Lage der Gesellschaft läßt sich nur so lange vertuschen, als junge Mitglieder beisteuern. Das Prinzip der Einregistrirung wird nicht zur Handhabung, d. h. strenger Vorprüfung der Kassen sich immerhin bewähren. Die Frage des Beitrittszwanges hat sich inzwischen nicht verändert; auch heute muß der Kongreß sich gegen jeden Zwang erklären. Zur Armenlast tragen die zu solchen Kassen herangezogenen Arbeiter nur einen verhältnismäßig kleinen Theil bei. Die Beitrittspflicht der Arbeitgeber wird von den Arbeitern selber vielfach verworfen. — Die Mitwirkung des Staates ist prinzipiell nicht anzuschließen, wo derartige Kassen nicht, wohl aber ein Bedürfnis darnach besteht. Wünschenswerth scheint die Initiative großer Kommunalverbände in dieser Richtung. Redner beantragt zu beschließen: Der Kongreß erklärt:

1) Es ist höchstbedauerlich, daß im Wege der Reichsgesetzgebung besondere Vorschriften über die Errichtung von Arbeiter-Pensions- (Arbeiter-Verorgungs-) Kassen getroffen und die Ertheilung der Korporationsrechte an Normativbestimmungen geknüpft werde.

2) Bei Erlass eines künftigen Gesetzes ist zu bestimmen, daß die Arbeiter-Pensionskassen durch eine besondere Reichsbehörde auf die Gesetzmäßigkeit ihrer Statuten und auf die Sicherheit ihrer mathematischen Grundlagen geprüft werden müssen, ehe sie die Rechte einer staatlich anerkannten (regulirten) Kasse erhalten können.

3) Die Errichtung von Arbeiter-Pensions-Kassen durch kommunale Verbände, nach den Grundlagen der Selbstverwaltung, ist zuzulassen und zu fördern, dagegen zu untersagen, daß die Mitgliedschaft von der Zugehörigkeit zu einem anderen politischen oder sozialen Vereine abhängig gemacht werde.

4) Von der Konstituierung eines Beitrittszwanges für gewisse Arbeitsbranchen oder Bezirke ist Abstand zu nehmen.
Richard (Danzig) als Korreferent: „Die Bewegung für die Zwangsversicherung erobere sich täglich mehr Boden und habe namentlich in der Rheinprovinz warme Freunde gefunden, Beweis die für den Eisenbahnenkongreß abgefaßte Beschlüsse des Abg. Fabrikbesizers Kalle. Man wollte eine Zwangsversicherung etablieren so ziemlich für die gesamte Bevölkerung des Staates; zunächst sei nicht erwiesen,

1 pr. Herbst —, pr. Frühj. —. — Wetter: —.

Berlin, 18. August. Wind: NW. Barometer 27, 11. Thermo-
meter früh + 13° R. Witterung:

Regen hat zwar an heutigen Markte mehrfache Breischwan-
gungen durchgemacht, im Ganzen aber nur wenig sich im Verthe ver-
ändert. Die Stimmung ist matt und auf entfernte Sichten das An-
gebot sehr reichlich. Der Deputat vergrößert sich. Laare ist heute
ziemlich rege umgelegt worden. Der Begehr für die besten Forde-
rungen. Gefündigt 14,000 Etr. Rindungungspreis 50½ Rtr. per 1000
Kilgr. — Roggenmehl flau. Gefündigt 6000 Etr. Rindungungspreis
7 Rtr. 24 Sgr. per 100 Kilgr. — Weizen sehr matt und Käufer neu-
erdings im Vorthell. Gefündigt 7000 Etr. Rindungungspreis 72½ Rtr.
per 1000 Kilgr. — Safer sehr matt. Termine haben sich hin-
gegen ziemlich gut zu behaupten vermocht. Gefündigt 6000 Etr. Rind-
ungungspreis 57½ Rtr. per 1000 Kilgr. — Rüböl reichlicher angeboten
und zu nachgebenden Preisen verkauft. — Spiritus ist neuerdings
wesentlich gewichen und blieb auch zum Schluss in gedrückter Haltung.
Gefündigt 60,000 Liter. Rindungungspreis 26 Rtr. 20 Sgr. per 10,000
Liter pEt.

Weizen loco pro 1000 Kilgr. 74-83 Rtr. nach Dual. gelber
per diesen Monat 72-74½ Rtr., August-Sept., Sept.-Okt. 68½-69
63½ Rtr., Okt.-Nov. 68-69½ Rtr., Nov.-Dez. 67½-67 Rtr., Dez.-Jan.

Breslau, 18. August.
Matt.

Freiburger 102. do. junge 96½. Oberschlesische 168½. R.-Ober-
ufer-St. 121. do. do. Prioritäten 120½. Franzosen 197. Lomb-
arden 85½. Italiener. Silberrente 69. Rumänier 40½. Bres-
lauer Diskontbank 84. do. Wechselbank 75. Schles. Bank. 111½.
Kreditaktien 144½. Laurahütte 138½. Oberschles. Eisenbahnbed. —.
Deutscher. Banknoten 92½. Russ. Banknoten 94½. Bresl. Malter-
bank. —. do. Malter-B. —. Prov.-Malterb. —. Schles. Ver-
einbank 94½. Deutsche Bank. —. Bresl. Prov.-Wechselb. —.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 18. August, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten.
Süddeutsche Immobilien-Gesellschaft 95½.
Sehr fest. Spekulationswerthe lebhaft, Bahnen behauptet, Banken
theilweise gesucht, Prioritäten beliebt.
Nach Schluss der Börse: Kreditaktien 253, Franzosen 345½,
Lombarden 148, Provinzialdiskonto —.
[Schlusskurse.] Londoner Wechsel 119½. Pariser Wechsel 94½. Wie-
ner Wechsel 108½. Franzosen 184½. Böhm. Westbahn 218½. Lomb-
arden 149. Galizier 264½. Elisabethbahn 218. Nordwestbahn 175½.
Kreditaktien 254. Russ. Bodentredit. —. Russen 1872 99. Silber-
rente 69. Papierrente 65½. 1860er Rente 103½. 1864er Rente 165½.
Amerikaner de 82 98½. Deutsch-Oesterreich. 93½. Berliner Bankverein
93½. Frankfurter Bankverein 94½. do. Wechselbank 87½. National-

Berlin, 18. August. Die auswärtigen Plätze haben sich säumt-
lich mehr oder weniger der gestern von hier aus gemeldeten weichen-
den Bewegung angeschlossen und sandten uns heute fast durchweg nie-
drigere Notierungen. Es war unter diesen Verhältnissen nicht zu ver-
wundern, daß die heutige Börse in ihrer matten Stimmung verbarste,
wenn auch dieselbe nicht so prononciert wie gestern war. Die Course
der dem spekulativen Gebiete angehörigen Effekten waren vielfachen
Schwankungen unterworfen, doch deffizierten sich die schließlichen Diffe-
renzen zum Theil nur auf Bruchtheile. Die Kontinente waagte nicht,
größere Verkäufe zu effectuiren, da die Kaufkraft sich allmählig zu zeigen
begann und die Nachfrist eines ungünstigen Semestralabschlusses der
österreichischen Kreditanstalt, welche die Basis des gestern eingetrete-
nen Rückganges bildete, bisher keine Unterstützung gefunden hat. Im
Uebrigen ließ sich die Haltung als ermattend bezeichnen; Angebot und
Nachfrage ruhten bei den meisten Effektingattungen fast vollständig
und die Umsätze bewegten sich demgemäß in den allergeringsten Grenzen.
In der Abkündung des Geldmarktes ist keine Veränderung eingetre-
ten; tägliches Geld und Geld auf spätere Termine ist kaum unterge-
bracht. Im Privat-Wechselverkehr gingen ausgeführt keine Briefe

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, den 18. August 1874

Deutsche Fonds.

Konjunktivrente Anl.	4½	105½	9
Staats-Anleihe	4½	—	—
do. do.	4½	100½	3
Staats-Schuldenschein	3½	93½	5½
Präm.-St. Anl. 1855	3½	128½	3
Präm.-St. Anl. 1860	3½	—	731 ⑥
Präm.-St. Anl. 1865	3½	94½	5½
Präm.-St. Anl. 1870	4½	101	3
Präm.-St. Anl. 1875	5	103½	5½
do. do.	4½	—	—
do. do.	3½	90½	6
Präm.-St. Anl. 1880	5	100	6
Berliner	4½	101½	5½
do. do.	5	105½	4
Präm.-St. Anl. 1885	3½	88½	6
do. do.	4	98	3
do. neue	4½	104	5½
Ostpreussische	3½	88½	6
do. do.	4	98½	6
do. do.	4½	102½	6
do. do.	5	—	—
Pommersche	3½	87½	5½
do. neue	4	98	5½
Polenische neu	4	96	3
Schlesische	3½	—	—
Westpreussische	3½	87½	5½
do. do.	4	97½	5½
do. Mecklenb.	4½	—	—
do. do.	4½	102	3
Präm.-St. Anl. 1890	4	99	6
Pommersche	4	99	5½
Polenische	4	98½	3
Preussische	4	99½	3
Rhein-Westf.	4	99	5½
Sächsisch	4	99	6
Schlesische	4	98½	3
Goth. Fr. Vfd. Br. I	5	106½	5½ 11.105½
Fr. St. Cred. u. H.	5	102½	5½ ⑥
Präm.-St. Anl. 1. u. H.	5	104½	5½
Präm.-St. Anl. 2. u. H.	4½	103	5½
Präm.-St. Anl. 3. u. H.	4	97	6
Präm.-St. Anl. 4. u. H.	4½	—	4½ 5½
Präm.-St. Anl. 5. u. H.	4	100	3
Präm.-St. Anl. 6. u. H.	3	55½	5½
Präm.-St. Anl. 7. u. H.	3	41½	5½
Präm.-St. Anl. 8. u. H.	4½	101½	3
Präm.-St. Anl. 9. u. H.	4	115½	3
Präm.-St. Anl. 10. u. H.	—	42	3
Präm.-St. Anl. 11. u. H.	4½	105	5½
Präm.-St. Anl. 12. u. H.	4	116½	3
Präm.-St. Anl. 13. u. H.	—	23½	3 3
Präm.-St. Anl. 14. u. H.	3½	111½	5½
Präm.-St. Anl. 15. u. H.	3½	56½	3 ⑥
Präm.-St. Anl. 16. u. H.	3½	88½	5½ ⑥
Präm.-St. Anl. 17. u. H.	3½	103½	5½ ⑥